

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Das Zentrumsmanifest kein Hindernis

- auf dem Wege zum Bürgerblock!

Umfiß wird gemeldet:

Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Herrn Reichspräsidenten, berichtigte über den gestrigen Beschluß der Zentrumsfraktion und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Die Presse zum Zentrumsmanifest.

Verächtliche Behandlung in den Blättern der Rechten.

In den Blättern der Rechten erfährt das Manifest des Zentrums die verächtlichste Behandlung. Nur wenige erweisen ihm die Ehre, es auch nur vollständig abzufragen. Die Stellen, die sich auf die Republik und die Außenpolitik beziehen, werden teilweise gar nicht wiedergegeben. Wo das geschieht, erscheinen sie in kleinem Druck, während die Stellen über Christentum, Landwirtschafts- und Mittelschulung fett gedruckt werden. Das ganze Stück Papier wird gleichsam mit einer Handbewegung weggeschoben.

Der „Lokal-Anzeiger“ findet es durchaus einwandfrei, daß das Zentrum seinen Standpunkt vor seinen Wählern entwickelt. Zum Teil enthalte das Manifest sogar Ausführungen, die das Zustandekommen des Bürgerblocks geradezu erleichterten. Höhnend fügt er hinzu, daß in dem Werk der Herren Brauns, Joos und Wirth „allen Bedenken der um die Republik besorgten Kreise des Zentrums Rechnung getragen ist“.

Der „Tag“ steht zwar noch ziemlich Schwierigkeiten voraus, bemerkt aber befriedigt, daß das Zentrum die Anerkennung seiner Anschauungen nicht zur Bedingung mache.

Ebenso hebt die „Deutsche Tageszeitung“ hervor, daß Gewissensfragen an andere Parteien nicht gestellt werden.

Auch der „Kreuz-Zeitung“ machen allgemeine Prinzipien-erklärungen, die das Zentrum nur für sich selber abgibt, keine Kopfschmerzen. Sie bemerkt:

Der Weg zur Bildung der von Hindenburg als allein noch möglich angesehenen Regierung auf parlamentarischer Grundlage ist aber erst dann wirklich frei, wenn über die konkreten Punkte des vorliegenden Programms wirklich verhandelt werden soll und wenn sie nicht als conditio sine qua non (unerlässliche Bedingung) betrachtet werden. Es ist selbstverständlich, daß programmatisch Unterschiede zwischen den Parteien, ob es sich nun um die Deutschnationalen, die Deutsche oder die Bayerische Volkspartei handeln, bestehen und niemand wird verlangen wollen, daß sich die eine oder andere auf das verpflichtet, was das Zentrum für sich beansprucht. Im Vordergrund der Erörterung muß deshalb das praktische Arbeitsprogramm der kommenden Regierung stehen. Dafür sind genug Anknüpfungspunkte vorhanden. Bei gegenseitig guten Willen sehen wir jedenfalls keine unübersteiglichen Hindernisse, um eine Plattform zu finden, die eine dem Wunsche des Herrn Reichspräsidenten entsprechende Mehrheitsregierung zu tragen imstande ist.

Die „Deutsche Zeitung“, die oft den Vorzug hat, auszusprechen, was die anderen denken — und die manchmal deswegen desabonniert wird — spricht unfreiwillig und gemüßlos von einem „Umfiß des Zentrums“.

Auf der anderen Seite fassen „Berliner Tageblatt“ und „Volkszeitung“ die Zentrumsklärung so auf, als ob sie in der Tat unerlässliche Bedingungen für die Deutschnationalen enthielte, von denen eben verlangt werde, daß sie der Republik und der Völkerverständigung ihre Anerkennung aussprechen und einer Reform der Reichswehr im Geiste der Verfassung zustimmen. — Wir haben gesehen, daß die Rechtspresse ganz anderer Meinung ist.

Was tut der höhere Klerus?

Alles in geheimen Verhandlungen schon vorbereitet?

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt:

Nachdem das Zentrum seine sachliche Bereitschaft erklärt hat, mit den Deutschnationalen in Verhandlungen einzutreten, wird in den nächsten Tagen ein Trommelfeuer falscher Meldungen eröffnet werden, um die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zu stören. Unter diesen falschen Meldungen wird — das darf man jetzt schon prophezeien — auch die aufstehen, daß die Deutschnationalen Verbindung mit dem Runtius Pacelli gesucht hätten und in Verhandlungen mit dem Zentrum über ein Konkordat eingetreten wären.

Der „Lokal-Anzeiger“ hat ziemlich richtig prophezeit. Nur ist es nicht ein Blatt der Linken, in dem sich Andeutungen und Behauptungen in der angegebenen Richtung finden, sondern ein Blatt der Rechten, dem man wirklich nicht nachsagen kann, daß es darauf ausgehe, „die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zu stören“, zugleich ein Blatt, von dem man annehmen kann, daß ihm die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen zu tun, nicht gefehlt hat. Es ist die „Tägliche Rundschau“, die folgendes veröffentlicht:

Man ist allgemein der Ueberzeugung, daß die Verständigung zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen keine ernst-

Schwierigkeiten mehr machen wird. Der Inhalt der Zentrumsklärung löst den sicheren Schluß zu, daß man auf Seiten des Zentrums nicht die Absicht hat, einer Verständigung Steine in den Weg zu legen. Diese Tatsache mag denjenigen überraschen, der sich der Schwere der innen- und außenpolitischen Bedenken erinnert, die das Zentrum dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gegenüber geltend machte. Es ist aber inzwischen bekannt geworden, daß in einem kleinen Kreis von Zentrumsführern, die wohl auch mit dem höheren Klerus in Verbindung gestanden haben, und einem Kreis von Deutschnationalen schon seit einiger Zeit Verhandlungen mit dem Hinblick auf die Möglichkeit einer Verständigung gepflogen worden sind. Die Konsequenzen, die sich aus diesen Vorverhandlungen ergaben, machen sich jetzt bemerkbar. Sie haben den Weg für offizielle Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen geebnet und sie werden sich wohl auch dahin auswirken, daß im Laufe der bevorstehenden Besprechung ein positives Ergebnis erzielt wird.

Man begreift jetzt besser als zuvor, warum die Rechts- presse die Versicherungen des Zentrums, es denke nicht daran, in den Bürgerblock zu gehen, keinen Augenblick ernst genommen hat.

Die Deutschnationalen weichen aus.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten, die sich mit dem Zentrums- manifest beschäftigte. Wie zu erwarten war, ist sie einer klaren Stellungnahme sorgsam aus dem Wege gegangen. Sie hat nur erklärt, daß sie in dem Manifest kein Hindernis erblicke, mit Marx über die Regierungsbildung zu verhandeln!

Heute vormittag trat das geschäftsführende Reichs- kabinett zur Erledigung einiger Fragen zusammen, die nicht länger aufgeschoben werden konnten. Im Anschluß an diese Sitzung besprechen die Minister die politische Lage.

Reichskanzler Marx wird am Nachmittag zunächst mit den Mittelparteien verhandeln; ob noch heute eine Besprechung mit den Deutschnationalen folgt, steht noch nicht fest.

Demokraten gegen Rechtsblock.

Stürmische Debatten auf einem Bezirksparteitag.

Erregte Auseinandersetzungen über die Politik der Demokratischen Partei gab es auf dem gestrigen Parteitag für den Wahlkreis Potsdam II. Im Anschluß an den Bericht des Reichstagsabgeordneten Dernburg wurde in der Diskussion von führenden Parteimitgliedern heftige Kritik an der Politik der Minister Rütz und Gehler geübt. Eine einstimmig angenommene Entschließung wendet sich gegen das verfassungswidrige Schreiben des Reichspräsidenten, das diesen mitten in den Kampf der Parteien stellt. Ferner forderte die Versammlung von der demokratischen Reichstagsfraktion die schärfste Bekämpfung jeder Regierung, in der die Deutschnationalen vertreten sind. Eine zweite Entschließung verlangt von der Partei zur Wiederherstellung des erschütterten Vertrauens der Wählerschaft ein entschlossenes Abbrücken von der Politik des Reichswehrministers Dr. Gehler.

Um die Arbeitszeit der Seeleute.

Beschluß des internationalen Schiffsahrtsausschusses.

Genf, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der gemischte Schiffsahrtsausschuss des Internationalen Arbeitsamtes hat heute morgen mit 7 gegen 5 Stimmen beschlossen die Regelung der Arbeitszeit der Seeleute auf die Tagesordnung der Marinearbeitskonferenz von 1927 zu setzen. Der Beschluß kam im letzten Moment dadurch zustande, daß der französische und der belgische Reedervertreter mit der Arbeitergruppe stimmten. Diese Stellungnahme erklärt sich daraus, daß Frankreich die Arbeitszeit der Seeleute (achtstundentag mit Ausnahmen) schon seit 1920 durch Gesetz geregelt hat. Solange die französischen Reeder hoffen, dieses Gesetz gelegentlich wieder beseitigen zu können, hielten sie mit ihren Kollegen der übrigen Länder, doch wählten sie in letzter Zeit jede Hoffnung darauf aufzugeben, und deshalb traten sie aus Konkurrenzgründen dafür ein, daß die Arbeitszeit in der Schifffahrt auch international geregelt werden müsse.

Romens der übrigen Arbeitgebervertreter gab der englische Vertreter eine Erklärung ab, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt nicht ändern könnten. Weiter soll auf der Konferenz von 1928 der Schutz der Seeleute im Fall von Krankheit und Unfall sowie deren Fürsorge in den Häfen zur Beratung gelangen. Ferner beschloß der Ausschuss, die Zahl seiner Mitglieder von 5 auf 7 — für jede Gruppe — zu erhöhen, wozu noch je ein Mitglied der Arbeitgeber- und der Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und dessen Präsidenten kommen, so daß der Ausschuss künftig aus 17 Mitgliedern bestehen wird.

Der „Populaire“ wieder erschienen. Heute ist nach zweijähriger Pause der sozialistische „Populaire“ wieder als Tageszeitung erschienen. Das Blatt, dessen Leitung Léon Blum übernommen hat, veröffentlicht in der ersten Nummer ein Begrüßungsschreiben des Reichstagsabgeordneten Stämpfer, des Chefredakteurs des „Vorwärts“, sowie ein Begrüßungstelegramm der Deutschen Sozialdemokratischen Partei.

Masche um Masche.

Das Reich des Faschismus.

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:

Mit großer Sorgfalt und viel System webt der Faschismus an dem Reich, das jede Form von Opposition aus dem öffentlichen Leben ausschließen soll. Gegen das ausdrückliche und feierliche Versprechen, das feinerzeit der Justizminister im Senat gegeben hat, das Gesetz über die Beamtenentlassung nicht auf den Richterstand auszudehnen, hat man längst alle unliebsamen Richter gemahregelt, vor allem die, die einst die Wört- unter suchung des Prozesses Matteotti gewissenhaft und ohne Ansehen der Person betrieben hatten. Dann hat man das Recht der Beamtenmäßregelung, das im Dezember vorigen Jahres außer Kraft trat, um ein weiteres Jahr verlängert und hat es nun dieser Tage auch auf die städtischen Beamten ausgedehnt.

Die „Gazetta Ufficiale“ vom 17. Januar veröffentlicht nun auch ein Dekret, das eine Revision der in die Matrikel der Handelsmarine Eingetragenen anordnet. Für diese Revision wird eine Frist von fünf Jahren vorgegeben, und sie soll zur Ausmerzung derer führen, die sich in moralischer Inkompatibilität zum nationalen Charakter unserer Handelsflotte befinden, durch ihre Handlungen oder durch ihre Haltung, die, wenn auch juristisch einwandfrei, doch dem italienischen Gefühl widersprechen oder die öffentliche Meinung durch ihren Ernst oder ihre Notorietät erregen. Im Sinne dieses Artikels sind Zeit und Ort der begangenen Handlung oder angenommenen Haltung belanglos.

Eine Handlung, die die öffentliche Meinung durch ihre Notorietät erregt — was offenbar von der Qualität der Handlung ganz unabhängig sein kann —, ist also ein möglicher Anlaß für den Verlust eines erworbenen Rechtes, von dem unter Umständen die wirtschaftliche Existenz des Betroffenen abhängt. Etwas Ähnliches wird jetzt für die Besitzer von öffentlichen Verkaufsstellen in Szene gesetzt.

Aber damit, seine Widersacher um ihr Brot zu bringen, läßt es sich der Faschismus nicht genügen. Sie sollen auch aus dem geistigen Leben der Nation ausgerottet werden. Und das kann natürlich nicht in der Weise erfolgen, daß ihnen etwa der Faschismus durch sein eigenes geistiges Leben Luft und Sonne streitig mache, denn dieses sein geistiges Leben ist etwas so kümmerliches und künstliches, daß es kaum einen Grashalm überwuchern könnte; das kann nur durch Verbot erfolgen. Und so ist am 13. Januar ein Dekret veröffentlicht worden, durch das „jede neue Bildung und Orga- nisation, sei sie auch provisorisch, die sich den Unterricht, die Anleitung zu Berufen, Künften oder Handwerken oder in irgendeiner anderen Weise die körperliche, sittliche und geistige Erziehung der Jugend zur Aufgabe macht“, verboten wird, außer der faschistischen Jugend- organisation, die den Namen „Opera Nazionale Balilla“ führt. Ausgenommen sind nur die katholischen „Boy Scouts“, die aber auch nur in den Orten mit über 20000 Einwohnern weiter bestehen dürfen oder in den Provinzhauptstädten; auch sie müssen in dem Schilde ihres Abzeichens (das Schild der italienischen kommunalen Freiheit) das Rutenbündel und die Initialen der faschistischen Jugendorganisation führen. Durch ein Gesetz vom vorigen Jahre hat sich das Regime schon die Möglichkeit gesichert, jedes private Er- ziehungsinstitut seiner Kontrolle zu unterwerfen, sein Vermögen unter die Verwaltung eines Kommissars zu stellen und das Institut ganz an sich zu reißen.

An den öffentlichen Lehranstalten, von der Volksschule bis zur Universität, hat man schon längst alle Persönlichkeiten ausgemerzt, die nicht Faschisten sind, oder sich nicht als Faschisten ausgeben. Dieser „Reinigungsprozess“ findet ganz stillschweigend statt; keine Zeitung kommentiert. Eines der letzten Opfer war der Professor der Botanik an der Universität Padua, Genosse Montemartini. Interessant ist, daß ihm die Studenten eine Sympathiefeier gemaßt haben, wie übrigens auch anderen Hochschullehrern, deren Zugehörigkeit zum Senat bis jetzt ihre Wahrung verhindert hat.

Selbst die einfache Betätigung menschlicher Solidarität wird den Nichtfaschisten verwehrt. Ohne Autorisation der Präfekten darf man nicht einmal eine Geldsammlung für einen bedürftigen Gefährten veranstalten; es ist dies sogar ein Verbrechen, was von den Volkspikeln besonders heftig beklagt wird. Es ist gefährlich, heute zehn Lire für einen armen Teufel zu geben.

Nachdem sich der Italiener so oft und so herzlich über das allgegenwärtige preußische „es ist verboten“ lustig gemacht haben, marschieren sie heute alle im Gänsemarsch zwischen Spalieren, die einzig diese Inschrift zielt. Wohl tröstet es die Schwarzhemden, daß diese Inschrift sich ja nur auf die „Antinationalen“ bezieht, und dem Faschisten eine gar ver- heißende Rekrute zeigt: es ist alles erlaubt, dir ist alles erlaubt! Aber, mit dieser Rekrute und ihrer Anwendung hat es seine eigene Bewandnis, wie das bekannte Rund- schreiben des Premierministers an die Präfekten zeigt. Offiziell will man die Gewalttätigkeiten, die sich die Schwarzhemden bisher so ausgiebig erlaubt hatten und zu denen jedes neue Attentat einen willkommenen Anlaß gibt, nicht weiter zulassen. Es heißt aber, daß Mussolini in seiner Rede vor dem hohen Rat die Seinen beruhigt und ihnen nahegelegt hat, die offizielle Besart nicht gar zu wörtlich und nicht gar zu ernst zu nehmen. Wir haben

hier den alten Zwiespalt, der den Faschismus seit seinem Entstehen begleitet hat: jene materielle und psychologische Zwangslage, die das Regime nötigt, seine Widersacher außerhalb des Rechts zu stellen, führt gleichzeitig mit Notwendigkeit dazu, seine Parteigänger von den Rechtskranken zu befreien. Selbst, wenn er es wollte, könnte der Faschismus diese logische Verknüpfung nicht lösen.

Aber im Grunde will er es gar nicht und kann es nicht wollen. Die Rechtungselchheit der Bürger gehört zu seiner Staatsauffassung, wie die Forderung des gleichen Rechts für alle zur modernen Staatsidee gehört. „Berechtigkeit allen, die diszipliniert arbeiten.“ hat Mussolini vor einigen Monaten verkündigt; also: nicht Berechtigung für alle, sondern nur für solche, die gewissen vom Faschismus gestellten Ansprüchen genügen. „Denen, die es verdienen, Gutes tun,“ heißt es in dem Rundschreiben an die Präfekten.

Diese Auffassung setzt eben einen voraus, der von oben herab die Kinderstube leitet, der die Guten gut, die Bösewichte böse behandelt, und diesem einen schafft die faschistische Gelehrte ein Arsenal von Zwangsmitteln: von der Hungerpeitsche zur dunklen Ecke der Maßregelung, von der Polizeiaufsicht zur Zwangsverschickung auf irgendeine Insel oder in ein Nest Sardiniens oder Südtaliens. Gleichzeitig engt man diesen Antinationalen die Betätigungsmöglichkeit ein: sie dürfen nicht lehren, keine Kinder erziehen, keine Feste feiern, die ihren nicht feierlich begraben, ihre Ideen weder schriftlich noch mündlich verbreiten, nicht zusammenkommen. Sie sind Italiener nur noch für den Steuereintreiber. Ein feinnäsiges Reglemente sie aus dem Leben des Landes aus. Sie dürfen das Land nicht verlassen, beiseite nicht; sie sollen in ihm verkommen!

Dies ist das Rezept, nach dem der „totalitäre“ faschistische Staat entsteht, der Staat ohne Widersacher, ohne Rögler, der Staat der artigen Kinder mit glattgelämmten Haaren und sauberen Schürzen, der gar zu langweilig wäre, wenn nicht gelegentlich Parantischen der entseelten Gewalttat den Schwarzhemden als angestammtes Recht bewilligt würden. Dieser Staat wäre ewig, wie eine Mumie, wenn es nur gelänge, alles in ihn hineinzuwickeln, in all die unzähligen Gefesseldanden, die der Justizminister liefert. Aber manches bleibt draußen, auch abgelesen von der „freien Plünderung im freien Staate“. Draußen bleibt die Volkswirtschaft und die Finanz, so oft man auch versucht, auch sie hineinzuverpacken. Draußen bleibt das Spiel der Interessen. In dem früheren, dem überlebten, dem liberalen Staate gab es noch so etwas wie eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit. In ihrer Meinungsausschüttung nicht lebhafter als eine Mumie. Und die so geschaffene hübsche Ordnung zeitigt dann gelegentlich Skandalaffären, wie die des Rücktritts des römischen Gouverneurs, dem seine eigenen Amtsgesährten Schmiergelder in der Höhe von Millionen vorgeworfen haben.

Gewiß sichert der Faschismus die Herrschaft durch die dicht ineinandergreifenden Anebelgehe. Aber er sichert sich nicht gegen sich selbst: gegen das Ueberwuchern der Korruption, die um sich greift, wie der Schimmel im Licht und luftlosen Raum. Früher penibrierte da die öffentliche Meinung, die freie Presse, das Versammlungsrecht. Jetzt ist dieser „liberale Unflug“ abgeschafft. Jetzt ist alles geregelt und ordentlich. Die einen hüten und die anderen werden geschützt, im gleichen Staate nach zweierlei Recht. Das ist alles fein ausgeklügelt, rücksichtslos, brutal, vernichtend. Es läßt sich nachweisen, daß das in alle Ewigkeit halten muß. Aber, wer hütet die Hüter?

Die Deportationen politischer Gegner des Faschismus nehmen in Italien immer brutaler Formen an. Wie wir indirekt aus Moskau erfahren, ist jetzt auch der berühmte Sozialwissenschaftler und frühere Arbeitsminister, Genosse Arturo Labriola, bisher Professor an der Universität von Neapel, deportiert worden, nachdem ihm der faschistische Mob sein gesamtes Hab und Gut zer-

stört und gestohlen hatte. Er ist zwangsweise in ein ganz entlegenes Dorf Montemuro im südtalischen Gebirgsmaffe Basilicata, verschickt worden. Es ist die rückständigste, ungesundeste und unkulturteiste Gegend Italiens, neben der sogar die Berge Albanicus als zivilisiert anmuten!

Ein geniales Ablenkungsmanöver.

Für russische und andere Analphabeten.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ in seiner außenpolitischen Beilage mitteilt, schreibt im Anschluß an die Rede Ducharins die offizielle „Swestija“:

„Die Hand der englischen Diplomatie ist in der Granatenkampagne der deutschen Sozialdemokratie deutlich zu erkennen. Jetzt, wo es klar ist, daß der größte Teil der Junker-Aktien in englische Hände übergegangen (?) ist, läßt sich die Verbindung zwischen dem „Vorwärts“ und dem „Foreign Office“ nicht verbergen. Die Tatkraft intimer Beziehungen zwischen Chamberlain und Scheidemann ist jetzt offenbar.“

Wir geben diesen Erguß im Zeitdruck wieder, weil er für den politischen Analphabetismus bezeichnend ist, in dem der Bolschewismus die russischen Arbeiter hält. Denn anders ist es nicht zu erklären, daß das führende Organ der Sowjetregierung einen solchen Irrsinn seinen Lesern vorzusetzen wagt.

Die geradezu geniale Behauptung einer Verbindung zwischen dem „Vorwärts“ und dem englischen Auswärtigen Amte oder einer Intimität zwischen Chamberlain und Scheidemann ist nur ein hilfloser Versuch, von der Tatsache abzulassen, daß zwischen der Sowjetregierung und dem Reichswehrministerium seit Jahren intime Beziehungen bestehen: siehe Steiner-Munitionstransporte, Besu-Zahlungen an die russische Staatsbank, Giftgasfabrik in Troitz usw.

Die Wehrverbände in Waldeck.

Eine Erwiderung der preussischen Regierung.

Wir hatten vor einigen Tagen das preussische Staatsministerium gefragt, wie es sich dazu stelle, daß die in Preußen verbotenen Verbände Olympia und Biking in dem preussisch verwalteten Freistaat Waldeck ungehindert weiter bestehen können. Darauf wird jetzt geantwortet, daß zur Zeit des preussischen Verbots in Waldeck Ortsgruppen der Olympia überhaupt nicht, und vom Biking nur zwei kleine Ortsgruppen vorhanden gewesen seien, die nicht sonderlich hervorgetreten sind. Aus diesem Grunde hat das preussische Innenministerium es nicht für notwendig gehalten, das Verbot auch auf Waldeck auszudehnen. Es ist also nicht so, daß der preussische Landesdirektor Schmiebling im Gegensatz zu einer Resolution der preussischen Regierung das Weiterbestehen erlaubt hätte. Nichtsdestoweniger liegen gegen das System Schmiebling genug andere und gewichtige Beschwerden vor.

Um das Diktatursgesetz.

Eine Aussprache über Art. 48 der Reichsverfassung.

In der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes referierte Ministerialdirektor Dr. Falk über das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung. Es handelt sich um keine Verfassungsänderung, sondern um eine genaue Formulierung der Befugnisse des Reichspräsidenten in Zeiten des Notstandes. Es handelt sich um das Notwehrrecht des Staates, das so gut wie das Notwehrrecht des Bürgers gewahrt bleiben müsse. Der Staat darf bei außergewöhnlichen Verhältnissen in die Sphäre des einzelnen nur so weit eingreifen, wie es unbedingt notwendig ist. Daher ist der Ausnahmezustand zeitlich zu begrenzen und die Ausnahmeverordnungen müssen automatisch außer Kraft treten. Gegen eine willkürliche Anwendung der Schutzhaft sind Rechtsmittel einzuführen. Die Wieder-

aufnahme des Verfahrens gegen die Urteile der Sondergerichte ist einzuführen. Die Verfassung bestimmt, daß die beweisene Macht nur „erforderlichenfalls“ einzusetzen hat, also gebietet den ordentlichen Rechtsweg des Staates, der Polizei, der Barrang. Die Reichswehr darf nur zur Verstärkung der Polizei dienen und muß daher unter ihrer Leitung stehen.

In der Aussprache forderte Reichstagsabgeordneter Genosse Landsberg, daß das Gesetz ausdrücklich vorsehen muß, der Reichstag darf nicht ausgeschaltet und verfassungsmäßige Einrichtungen nicht beseitigt werden. Er darf nicht zum Vorwand genommen werden, um ein Budget zu verabschieden, Steuern zu erheben und Anleihen aufzunehmen. Genosse Dr. H. Heller warnte davor, die juristischen Bindungen des Reichspräsidenten im Ausnahmezustand zu überschätzen. Der letzte Schuß der Reichswehr liege in der Entschlossenheit der Republikaner. Staatssekretär Wegg betonte, daß gegenüber dem geschlossenen Willen eines einheitlichen Brechens keine sogenannte reale Macht etwas ausrichten könne. Sorgen sind nicht gegeben, sondern die Zukunft gehört uns.

Einwohnerwehr, Reichswehr, falsche Pässe.

Reuzert vor dem Femeauschuß des Reichstages.

Der Femeunterprüfungsausschuß des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um noch Zeugen zu den Fragen der bayerischen Einwohnerwehr zu vernahmen. Der Zeuge Dobner hält sich verborgen und ist trotz der Vorladung nicht erschienen. Dagegen kam jetzt die Vernehmung des bisher ebenfalls erfolglos geladenen Zeugen Reuzert erfolgen, der bestritt, sich bisher vor Ausfragen gedrückt zu haben und lediglich infolge einer Reise von seiner Vorladung nichts gewußt haben will.

Mag Reuzert, jetzt 34 Jahre alt, schüchtern auf Aufforderung des Vorliegenden seine Tätigkeit bei der Münchner Einwohnerwehr. Bei der Waffenbeschaffung hat er sich lebhaft betätigt. Mit Pässebeschaffungen habe er sich nicht abgegeben. Einen falschen Paß auf den Namen Markus Reumann habe er von behördlicher Seite zu militärischen Erkundungen im besetzten Gebiet erhalten. Von wem er den falschen Paß bekam, erklärt Zeuge, nicht genau zu wissen. Er selber habe den Paß beim Oberregimentsrat Freyberg vom bayerischen Ministerium des Innern beantragt. Von falschen Pässen, die Schweißart oder Berchold erhalten haben, weiß der Zeuge nichts. Der Zeuge war, wie er auf Befragen durch den Abgeordneten Dr. Levi mitteilt, bis Juni 1923 auf Urlaubsdienstort beim Wehrkreiskommando angestellt. Er erklärt, daß Militärbehörden und Einwohnerwehr damals immer zusammengebeurteilt hätten.

Reuzert, der übrigens nicht unter Eid vernommen wurde, bestritt jede Beteiligung an den in Untersuchung stehenden Verdächtigten. In den Fällen Dobner und Hartung hat er die Autos gelenkt und sah selbst am Steuer, aber was hinter seinem Rücken vorging, hätte ihn nicht interessiert. Daß er aufgefordert wurde, schneller zu fahren, hat ihn nicht gewundert. Darüber hatten die Insassen zu bestimmen. Das Fahrzeug sei ein Lastkraftwagen der Nachrichtenabteilung, wahrscheinlich einer Truppe gewesen, das eine falsche Nummer trug. In Augsburg wurde der Wagen kontrolliert, aber nicht beanstandet. Auf eine Frage des Abg. Levi (Soz.), ob auch ein zu der falschen Nummer passender falscher Ausweis vorhanden gewesen sei, erklärt Reuzert, sich daran nicht mehr erinnern zu können. Auf die Frage des Abg. Levi (Soz.), warum Reuzert sich vor der Polizei verborgen habe, erklärte dieser, er wolle nicht ungeschädigt in Untersuchungshaft sitzen. Reuzert war übrigens bei dem bestimmten Hauptmann Köhm Ordnungsbeamter.

Kammerdebatte über die Arbeitslosigkeit.

Paris, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer begann am Freitag die Interpellationsdebatte über die Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit. Der Radikalsozialist Borell erklärte, daß wirkliche Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit nur durch eine Stabilisierung der Währung geschaffen werden könnte, forderte gleichzeitig ein großzügiges Programm zum Neubau von Wohnungen und fragte im übrigen die Regierung, was sie gegen die Wirtschaftskrisis zu unternehmen gedenke. Poincaré sah sich schließlich zu dem Eingeständnis gezwungen, daß seine Stabilisierungsmethoden keinen Schutz gegen die Arbeitslosigkeit bedeuten.

Beethoven-Feier in Frankreich.

Auf den Vorschlag des Ministers Edouard Herriot hat die französische Regierung beschlossen, das hundertjährige Geburtsfest Beethovens zu feiern. Eine Aufführung von Werken des großen Künstlers wird entweder in der Oper oder in der Sorbonne stattfinden. Herriot wird bei Beginn der Feier das Wort ergreifen. Der Ueberblick der Einnahmen wird zu Wohltätigkeitszwecken verwendet. Man unterstreicht, daß Frankreich als erste Nation seine Absicht kundtut, offiziell Beethoven seine Huldigung darzubringen. Bei dieser Gelegenheit ist es nicht uninteressant zu erfahren, welches die Pläne der Orchesterdirigenten in Paris für die Jubiläumskonzerte sind und welche Wünsche französische Komponisten haben. Der von den großen Orchestern in dieser Saison am meisten gespielte Komponist ist zweifellos Beethoven; allein die 9. Sinfonie ist schon dreimal aufgeführt worden.

„Man muß sein Werk wieder aufnehmen, seine Sinfonien wieder aufführen, seine Sonaten studieren, die Umstände untersuchen, welche ihrer Schöpfung vorangingen oder folgten, sagt Bidor, Komponist und Organist an St. Sulpice. Sehen Sie sich das Manuskript der Appassionata an, welches Frau Bigot dem Konservatorium überlassen hat. Sie werden es mit Regentropfen bespritzt finden, denn es war an einem Gewitterabend, als Beethoven es zu der Pianistin brachte, deren Talent er so sehr schätzte. Die Regentropfen hatten sich mit den Noten vermischt, und die Vertüre schien schwierig. Doch Frau Bigot spielte, als hätte sie die Sonate schon lange gekannt. Entzückt beglückwünschte Beethoven sie. Sie hat ihn, ihr die Sonate zu lassen. Warten Sie, bis sie veröffentlicht ist, sagte der Meister. Am anderen Tage brachte Frau Bigot das Manuskript zum Verleger. Dank ihrer Güte besitzen wir es heute.“

Paul Dukas, ein bekannter Komponist, ruft aus: „Beethoven huldigen, scheint mir unmöglich. Er hat uns alles gegeben. Was sollen wir ihm anbieten? Wünschen wir wenigstens eine sehr schöne Aufführung seiner Werke. Man darf wohl annehmen, daß bei der hundertjährigen Geburtsfeier Orchesterdirigenten und ausführende zahlreichere Proben veranstaltet werden. ... Und da die Oper uns bei Gelegenheit der hundertjährigen Webers den „Freischütz“ gegeben hat, warum könnte man in diesem Jahre in demselben Rahmen nicht „Fidelio“ hören? Man könnte auch die Kantate von Liszt aufführen, die dieser bei Gelegenheit der Denkmalweihe in Weimar komponiert hat.“

Bergessen wir auch nicht den persönlichen Kult. Beethoven gehört uns allen; jeder wird damit tun, was er kann. — Nach den musikalischen Darbietungen würde es interessant sein, die Zeugnisse bedeutender Meister aller Art (Philosophie, Schriftsteller, Kaiser) zu sammeln, auf welche Beethoven Eindruck gemacht hat. Beethoven ist einer der Menschen, welcher den größten Einfluß auf die Menschheit gehabt hat. Er gibt uns den Beweis, daß die musikalische Kunst nichts Vergänglichliches hat trotz der Veränderungen, welcher

sie unterworfen ist. Ist die C-Moll-Sinfonie gealtert? Das ist ein Werk, welches immer dauern wird: Wie die Wunder der Natur existierte sie schon vor ihrer Verwirklichung.

Beethoven hat Ältere auf der ganzen Welt: er lebt noch.“ Gabriel Piercé, der Dirigent der Colonne-Konzerte, hat die 9. Sinfonie schon im Oktober aufgeführt. „Ich habe die Absicht“, sagt er, „besonders die Werke mit Chören zu geben: Christus auf dem Oelberg, die Messe in D-Dur und die 9. Sinfonie. Ich möchte dann den am wenigsten bekannten Werken Raum geben, doch ohne die wieder aufzunehmen, die außer Gebrauch gekommen sind und nichts zum Ruhme des Meisters beitragen können.“

„Ich gebe alle Jahre die Sinfonien von Beethoven“, sagt Paul Paray, der Dirigent der Lamoureux-Konzerte. „Was soll ich Neues machen? Um abzuwechseln, werden wir vielleicht die 9. Sinfonie vor der 5., die 4. nach der 2. setzen. Wenn es möglich wäre, mit dem toten Meister in Verbindung zu treten, sollte man ihn um neun andere Sinfonien bitten. Es ist richtig, sich dieser hundertjährigen Gedenkfeier zu erinnern: das Wesentliche ist, nicht zu vergessen, daß das Genie sich zu jeder Zeit feiert.“

Ludwig Hardt spricht in der Volksbühne. In dem überfüllten Bürgeraal des Rathauses liest Ludwig Hardt aus Heinrich Heine. Ein Bild des Dichters entsteht, das weit von dem üblichen abweicht. Nicht der Verfasser des „Buchers der Lieder“ oder der Schöpfer populärer Balladen steht im Vordergrund, sondern der große Revolutionär und Freiheitstämpfer. Auch kleine, zarte Dinge fehlen nicht, sie vollenden das Bild der Persönlichkeit, doch der Hauptakzent liegt auf den politischen Gedichten, die das Größte bedeuten, das revolutionäre Agit jemals geschaffen hat und mit denen verglichen das „Buch der Lieder“ beinahe belanglos wird. Und in Ludwig Hardt finden diese grandiosen Verse ihren meisterlichen Sprecher. Er spricht sie nicht mit überlegener, messerscharfer Ironie, mit läßt beherrschter Stimme, nein, er lebt in ihnen, er freucht den Haß hinaus, das Publikum wird zum Forum, der Rezitator verwandelt sich in einen Demagogen. Jeder Vers in den „Wanderratten“ wird im Munde dieses genialen Volkredners zur tödlichen Waffe gegen die straffenden Fürsten. Nicht Ironie, offener Hohn klingt in der Stimme, wenn sie von dem treuen Hunde Brutus erzählt, oder wenn sie die Absichten eines guten Bürgers aufzählt oder besser herunterleiert. Und ganz leise, und doch ohne Spur von Sentimentalität spricht sie von dem englischen König Karl I. oder trauert um die Mutter in Deutschland. Der Volksbühne gebührt Dank für diesen Abend.

Noch ein kleines solides Fälscherstück. Unser Mitarbeiter Jodot schreibt uns: Die Gottverlassenheit kapitalistischer Denkmäler transkribieren, das habe ich mit meiner kleinen Klasse vom Tonpalast in Nummer 27 des „Vorwärts“ gemollt, aber gleich zwei Berliner Blätter schuldig werden lassen der größten journalistischen Unabhängigkeit, der gemeinen Zitatenfälschung, das habe ich wahrlich nicht gemollt. Das eine der beiden, die „Deutsche Tageszeitung“, hat die „Vorwärts“-Redaktion sich freundschaftlich schon selbst gegnügt, das andere Blatt ist die „Tägliche Rundschau“, die in

Nummer 32 gelegentlich einer Glossierung meiner Glosse auch wieder das entscheidende „ne“ des letzten Satzes — die türkischen Kapitalisten nämlich — in ein „wir“ — die Sozialdemokraten nämlich — umlügt und im übrigen durch irreführende, dem Original zumidder Gehäufung, durch Sakkumulationen und hässliche Streichungen auf kurzem Raum und an kleinem Objekt das Menschmögliche an journalistischer Schäßlichkeit und an oberflächlicher Schmoderei leistet. Und da soll man nicht in die Verlockung gebracht werden, sogar die Jazzkändels aus der Hagia Sophia noch für bessere Charaktere zu halten, als diese Sorte Christenmenschen es sind.

Eine 220 000 Volt-Fernleitung. Die erste europäische elektrische Fernleitung, die die ungeheure Spannung von 220 000 Volt besitzt, ist von dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk fertiggestellt worden. Nach näheren Angaben in „Reklams Universallexikon“ beträgt die Gesamtlänge 1200 Kilometer, die in sechs Belüngen nebeneinander die 200 Kilometer lange Strecke von Neuenahr über Koblenz nach Rheinaun durchlaufen. Die Hochspannungsleitung stellte der Isolatorentechnik ganz neue Probleme, zumal bei der Abholkreuzung der Leitung über die Insel Niederwart zwei Strecken von über 300 Meter vollständig freier Spannweite aufstiegen. In den Enden dieser Strecken ruht die Leitung auf über 100 Meter hohen Masten und weist einen Durchgang von über 50 Meter auf. Die Belüngenbahn ist ein Hohlblech von 41 Millimeter Durchmesser mit einem Gewicht von 4100 Kilogramm pro Kilometer und einer Bruchfestigkeit von 16,5 Tonnen.

Ein Gerichtsurteil verbietet Kinobesuch. Vor dem Jugendgericht zu Wilmsheden erschien dieser Tage ein vierzehnjähriger Junge, der seiner Mutter ein Zehnschillingstück gestohlen und hinter dem Rücken seiner Eltern einen Kinderwagen verkauft hatte. Von dem Erlös wie von dem gestohlenen Geld bestritt er die Ausgaben, die ihm seine Leidenschaft fürs Kino auferlegte. Der Jugendrichter verhängte über den jugendlichen Sünder eine Strafe, die der pädagogischen Wirksamkeit nicht entbehren dürfte: er wurde verurteilt, für die Dauer von zwei Jahren kein Kino mehr besuchen zu dürfen.

Erstausführungen der Woche. Montag, Deutsches Künstler-Theater: „Die Schöne“; Dienstag, Trianon-Theater: „Der Mann der Lüne“; Donnerstag, Komödienhaus: „Dobert-Comis“; Freitag, Theater am Kurpark: „Ritt“; Sonnabend, Komödienhaus: „Gai maine“; Samstag, Komödienhaus: „Die Geschichte vom Soldaten“; — Theater „Der Siebzehnte“.

Arten-Veranstaltungen. Sonntag, 5. u. 6. „Spaul, der Gießhäger“ (7); „Sollenträger“ (9); „Weniger im bunten Erdball“; Ab Montag: „Die Belagerte“ als Kolonialgeschichte; Dienstag, 9. „Gai maine“; Die Belagerte in der Sowjet-Union“; Mittwoch, 11. „Niederer Irregener“; Donnerstag, 12. „Die Belagerte“; Freitag, 13. „Die Belagerte“; Samstag, 14. „Die Belagerte“.

Eine Aufführung der „Verlet“. Die Städtische Oper veranstaltet gemeinsam mit der Gemeinnützigen Vereinigung zur Hilfe deutscher Kunst, Sonntag, vormittag 11 Uhr, eine Aufführung der „Verlet“ des Richard Wagner. Die Solisten werden begleitet von dem gesamten „Orchester an der Universität und am Sportforum Berlin“.

Das Reichswehrministerium dementiert. Kein Landesverratsprozess gegen Künstler.

Das Reichswehrministerium erklärt, daß an den Presse-meldungen über eine Anzeige gegen den Reichstagsabgeordneten Franz Künstler wegen Landesverrats durch seine Veröffentlichung der Mitteilungen zweier ehemaliger Arbeiter der bekannten Gifgasfabrik in Rußland kein wahres Wort sei.

Wir haben heute früh zu diesen Meldungen, daß das Reichswehrministerium eine Anzeige erstattet oder sich mit dem Oberreichsanwalt über die Möglichkeit einer Strafverfolgung des Genossen Künstler in Verbindung gesetzt habe, Stellung genommen. Nun haben sich zwar Reichswehr-erklärungen nicht immer als lauterer Gold erwiesen, aber wir hoffen, daß diesmal wenigstens an dem Dementi nicht ge-zweifelt werden braucht. Das läge schon im ureigensten Interesse der Reichswehr selber.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Beratung im Reichstag.

Der Reichstag, dessen heutige Sitzung schon um 12 Uhr begann, legte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor.

Abg. Joos (Z.) stimmt der Vorlage zu, wenn auch nicht alle Wünsche des Senatus erfüllt seien. Dieses Gesetz sei immerhin ein Mittel, um mit etwas mehr Erfolg als bisher den Kampf gegen die Volkspeste der Geschlechtskrankheiten zu führen. Es sei ein Fortschritt, daß der Ansteckungsgefahr zusehe gegangen und dem unwürdigen Zustande ein Ende gemacht werden soll, daß Frauen bestraft werden können, aber die Männer straffrei ausgehen. Der Redner stimmt dem Abg. Moser darin zu, daß die wirt-schaftlichen Verhältnisse bei der Verbreitung von Ge-schlechtskrankheiten eine unheilvolle Rolle spielen, insbesondere die Wohnungsnot und die Erwerbslosigkeit. Auch der Alkohol als Kuppler sei nicht zu vergessen, und gegen den Alkoholmißbrauch müsse energisch vorgegangen werden. Darüber dürte man aber nicht vergessen, welche Bedeutung die moralischen Erwägungen bei der Behandlung dieser Frage hätten. Es bestie keine Notwendigkeit, die von den Sozialdemokraten beantragte Zulassung ausföhrlicher Vorträge, Ausstellungen usw. in das Gesetz hineinzubringen, denn sie seien durch eine Bestimmung des Strafgesetzes bedroht.

Abg. Frau Schröder-Schleswig-Holstein (Soz.) stellt fest, daß die sozialdemokratische Fraktion, die in Bezug auf die medizinische Seite dieser Frage geteilter Meinung sei, daß aber bei den sozial-politischen Forderungen völlige Einmütigkeit herrsche. Die Prostitution ist in Deutschland als Gewerbe an-erkannt. Trotzdem wurden die Mädchen, die dieses Gewerbe bis-her ausübten, reglementiert, als Dirnen infamiert, in Bor-delle eingesperrt und dadurch ist eben der Rückweg ins geordnete Leben erschwert worden.

Durch die bisherige Bekämpfung der Prostitution ist es nicht ge-lungen, diesen Krebsgeschaden der menschlichen Gesellschaft in keinen Ursachen zu erfassen.

In den Städten, die heute noch Bordelle haben, ist die übrige Be-völkerung gegen die moralische Anstößigkeit durch die Prostitution keineswegs geschützt worden, gerade durch diese Bordelle wurden die Verhältnisse, z. B. in Altona, noch verschlechtert. Was dort zu sehen ist, das kann man beispielsweise in Berlin doch nicht sehen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß endlich die Unterhaltung von Bor-dellen verboten und mit diesen menschenunwürdigen Einrichtungen außerdem wird. Weiber ist man bei der Frage der Reglemen-tierung nicht so weit gegangen. Es wurde eine Raus-schulbestimmung geschaffen, die zu den größten Befürchtungen Anlaß geben muß. Man hat ein Kompromiß geschlossen, aber die Vorurteile in der Frage der Prostitution sind noch so groß, daß man sich mit dem jetzt Erreichten schon abfinden muß. Anders liegt es mit der Bestimmung, wonach die Ue-süb-ung der Prostitution in der Nähe von Schulen und Kirchen unter Strafe gestellt wird.

Mit Strafen ist der Prostitution überhaupt nicht beizukommen.

Der Kaufenthalt in Gefängnissen, Arbeitshäusern usw. hat vielfach dazu geführt, daß die Prostituierten dauernd an diesem traurigen Beruf gefesselt wurden. In der Reichstagsberatung ist die Frage, was gewerbliche Unzucht ist, noch so wenig geklärt, daß dort vielfache Mißgriffe bei der Anwendung der Bestimmungen der Vorlage zu erwarten sind. Wenn wir in der Bekämpfung der Prostitution neue Wege gehen wollen, dann müssen wir das alte gründlich fortzräumen. Das Neue aber ist die fürsorgereiche Arbeit, der hier endlich eine reichsgesetzliche Grundlage gegeben wird. Wenn in der Wohlfahrtsarbeit bisher nicht genug erreicht worden ist, dann darf man doch nicht vergessen, wie jungen Deutsches diese Arbeit noch ist und welchen Schwierigkeiten sie zu begegnen hatte. Von der reichsgesetzlichen Grundlage aus muß die weitere Ausgestaltung dieser Arbeit ausgehen. Sie muß sich aber auch auf die Männer er-strecken, die der Fürsorge oft genau so bedürfen, wie die Frauen. Vor allem aber muß ihr die Jugend am Herzen liegen. Aber auch, wenn dieses Gesetz angenommen und in der besten Weise durch-geführt wird, dann wird die Prostitution nicht verschwinden, denn sie ist ein Bestandteil der heutigen kapitalistischen Wirtschaft, eine Folge der furchtbaren wirtschaftlichen Not. Gelinot es uns, diese Not zu beseitigen, dann beseitigen wir auch, zum Teil wenigstens, die Prostitution. Wir müssen aber auch die Frauenarbeit so entlohnen, daß sie nicht als Sklaverei empfunden wird. Wir müssen weiter dafür sorgen, daß für die arbeitenden Frauen, vor allem für die alleinstehenden, gesunde Wohnun-gen, Heime nach der Arbeit geschaffen werden. Dieses Gesetz bringt noch nicht die Erfüllung unserer Forderungen, aber es öffnet den Weg, auf dem weitergegangen werden muß. Darum werden wir der Vorlage zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Die Beratung wird fortgesetzt.

Amerikas Rückzug aus China.

Der Abtransport der Amerikaner vorbereitet.

Washington, 22. Januar. (CP.) Die amerikanischen Konsuln in China haben den Auftrag erhalten, die amerikanischen Staats-angehörigen, die im Innern des Landes wohnen, zu veranlassen, sich unverzüglich an die Küste zu begeben. Falls die sich in den chinesischen Gewässern befindlichen Handelsschiffe für den Ab-transport der Flüchtlinge nicht ausreichen sollten, so würden die dort stationierten amerikanischen Kriegsschiffe requiriert werden.

Das amerikanische Marineministerium teilt mit, daß gegen-wärtig 26 amerikanische Kriegsschiffe sich in den chinesischen Gewässern befinden, und daß siebzehn andere in den Philippinen den Befehl zur Abreise nach China abwarten. Auf den 43 Einheiten befinden sich 6282 Matrosen und 810 Marine-infanteristen.

Die amerikanischen Flüchtlinge, die aus Futschow in Manila angekommen seien, erklären übereinstimmend, sie seien von den Chinesen angegriffen worden. Die hätten Fahnen mit sich ge-führt, auf denen stand: „Die Zeit ist gekommen, um alle Christen in China zu töten.“

General und Bankrottier. Wegen des Zusammenbruchs der Nordisch-Oesterreichischen Bank in Wien hat sich der Staatsanwalt-schaft Anklage wegen fahrlässigen Bankrotts gegen die Verwaltungsräte, den ehemaligen f. l. Landesverwalter, General Czapp, und den früheren General-sankt von Roggen, erhoben.

Neue große Nord-Südbahnwagen.



Jeder Wagen 18 m lang, d. h. ca. 5 m länger als die bisher gebräuchlichen. — Vom Führerstand aus selbsttätig schließende Türen. — Verletzungen durch Einklemmen unmöglich.

Winter-Gastspiel.

Wird es? Wird es nicht? Winter nämlich. Wochen schon quälte sich die Menschheit durch das unaufhörliche Geriesel, das Tag und Nacht aus dem himmlischen Reservat auf die Erde kam. Gestern abend wurde uns jedoch eine Liebererholung zuteil. Nach-dem die Temperatur unter Null gesunken war, begann nachts gegen 12 Uhr Schnee zu fallen. Erst vereinzelt, in wenig kleinen Flocken, dann dichter und dichter. Gegen 2 Uhr war Berlins nächstes Städtchen, in diesem Winter völlig ungewohnt, säuberlich weiß angepöpselt. Und als der Berliner in der frühen Morgenstunden zur Arbeit ging, sah er den Winter endlich eingetroffen, mit gewaltiger Verpöpfung allerding, und offenbar nur für kurze Zeit. Es wird nicht viel mit Eis und Schnee, mit Rodelfahrten und Schlittschuh-läufen werden. Nur für ein, zwei Tage gastiert der Winter, der uns diesmal so hartnäckig boykottiert, um dann wieder dieser unbestimmten Jahreszeit, dem unaufhörlichen Regenwetter Platz zu machen.

Es ist hart, wenn man hört, was die Wettermänner ausgehän-delt haben: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sind im größten Teil von Deutschland zahlreiche, zum Teil recht bedeutende Schneefälle niedergegangen. Im Nordosten liegt der Schnee 5 Zentimeter hoch, in Mitteldeutschland schwankt die Schnee-höhe zwischen 2 und 7 Zentimetern, in West- und Süddeutschland wurden 4 Zentimeter Schneehöhe gemessen und Hamburg meldete heute früh sogar den ungewöhnlich hohen Stand von 12 Zenti-metern Schneehöhe. Die Ursache dieser starken Schneefälle ist im Eindruck von Polarluft zu suchen, die über den Westen nach Deutschland vorgedrungen ist und sich in die in der Höhe lagernde Südströmung hineingearbeitet hat. Die diesen Schneefälle haben den Erdboden allgemein abgekühlt. So war in der vergangenen Nacht allgemein Frost zu verzeichnen. In Deutschlands Osten ging die Temperatur auf 6 Grad unter Null, im Westen und Süden wurden 2 Grad Kälte gemessen. Diese winterliche Abkühlung ist jedoch nur eine sehr vorübergehende Angelegenheit. Ueber England und Frankreich ist bereits eine neue Störungslinie zu verzeichnen, die warme Luft estwärts schafft. Schon zu Beginn der nächsten Woche ist wieder Regenwetter zu erwarten, die Temperaturen werden zuerst im Westen und dann auch bei uns steigen. Uebrigens hat Berlin schon heute mittag 1 Grad Wärme, die aber aus unseren eigentümlichen Großstadtklimaten, nicht aus Witterungsbedingungen, zu erklären ist. Außerhalb Berlins sind die Temperaturen zurzeit noch unter Null. Spätestens vom Montag ab wird die Simslut von neuem losgehen. Es ist also nichts mit dem Winter. Eine Nichte. Gut noch!

Mord- und Selbstmordversuch im Finanzamt Den Sohn erschossen.

Eine furchtbare Tragödie trug sich heute vormittag auf dem Finanzamt Neutölln in der Berliner Straße 62/63 zu. Kurz nach 11 Uhr erschien in einem Zimmer des Finanzamtes der fünfzig-jährige Kaufmann Paul Hackbusch aus der Holzendorferstr. 19 zu Charlottenburg mit seinem zehnjährigen Sohn Rolf. H., der in Neutölln ein Geschäft hat, gab vor, eine steuerliche Angelegenheit regeln zu wollen. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Beamten, die H. aber in Güte umstimmen vermochten. Scheinbar ganz ruhig, gab er dann einen verschlossenen Brief ab. Fast im selben Augenblick zog er plötzlich eine Revolverpistole hervor und gab auf seinen neben ihm stehenden Sohn einen Schuß ab, der den Knaben in den Kopf traf. Schwerverletzt brach das Kind mit einem Aufschrei zusammen. Dann wollte der Täter die Waffe gegen sich richten. Der Schuß ging aber nicht los. Es gelang einem Beamten, Hackbusch die Waffe aus der Hand zu schlagen und festzuhalten. Inzwischen wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, die H. verhaftete und ihn sofort in ein Verhör nahm. Der Täter gab an, daß steuerliche Sorgen, die noch bis in die Inflation zurück-reichen, und ihm das Leben verbitterten, in ihm den Plan haben reifen lassen, zusammen mit dem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Da auch die Zukunft gleich trostlos vor ihm lag, schritt er heute vormittag zur Ausübung der Tat. Mit dem Vorfall, sein Kind und sich zu erschließen, betrat er auch den Amtsräum des Finanzamtes. Der schwerverletzte Knabe wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes in das Neutöllner Krankenhaus gebracht, wo er mit einem Schläfenschuß bedenklich daniederliegt. Auch in dem Brief, den Hackbusch dem Finanzbeamten übergab, hatte er die Gründe seiner Tat niedergelegt.

Ueber 20 Opfer der Glätte.

Anfolge der Glätte haben sich im Laufe des heutigen Vormittags wieder eine große Zahl von zum Teil schweren Unfällen ereignet. Allein auf den städtischen Rettungswagen wurden über zwanzig Verunglückte behandelt, die sich Knochenbrüche, innere- und Kopf-verletzungen zugezogen hatten. Sieben Straßenpassanten, darunter zwei Frauen, waren so schwer verletzt, daß sie in Krankenhäuser übergeführt werden mußten. Auch die Feuerwehr wurde wiederholt alarmiert, um Verkehrsbehinderungen zu beseitigen. In einigen Fällen mußten gestürzte Pferde aufgerichtet werden. — Ueber den auf den Rettungswagen behandelten Personen haben zahlreiche Verunglückte privatärztliche Hilfe in Anspruch genommen. Die Unfälle sind fast ausnahmslos eine Folge davon, daß die Bürgersteige nicht rechtzeitig und sorgfältig genug gestreut worden sind, eine Klage, die alle Jahre wiederkehrt. Die Polizei sollte hier ganz energisch vorgehen.

Er will die Geige nicht!

Eine Caplanus-Geige im Werte von 10 000 Mark wurde am vergangenen Sonntag aus einem Verwahrungsraum des Neuen Theaters am Zoo gestohlen, dazu auch noch eine Geige, die 500 Mark wert ist. Der Bestohlene, ein Musiker Sp., ist unermüdet schnell wieder zu seinem Eigentum gekommen. Vorgefunden abend um 9 Uhr fuhr ein etwa 30 bis 40 Jahre alter feingebildeter Mann in einem kleinen Auto mit einer Dame vor dem Anhalter Bahnhof vor, stieg hier aus, rief einen Gepäckträger heran und gab ihm 3 Mark mit dem Auftrage, einen braunen Handkoffer nach dem Neuen Theater

zu bringen und dort abzugeben. Das geschah denn auch. Als man den Koffer öffnete, fand man darin zu allgemeiner Ueberraschung die kostbare Caplanus-Geige. Der Dieb ist ohne Zweifel zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihm die Zeitungsnutzen mit der Beschreibung der Geige den Verkauf der Geige unmöglich gemacht hätten. Auch einen Bogen hatte er beigelegt, aber nicht den der alten Geige, sondern den des Glasel-Instrumentes. Der elegante Herr, ein mittelgroßer Mann, der jetzt von der Kriminalpolizei gesucht wird, machte den Eindruck eines Schauspielers oder Musikers. Er trug einen dunklen Ueberzieher mit grauem Pelztragen. Die noch verschundene Glasel-Geige trägt im Innern den Aufbesse-rungsmerkmal „rest. Hannig-Dresden“. Mitteilungen an Kriminal-kommissar Albrecht im Polizeipräsidium.

Sie sollen sich nicht erkälten.

Zwischen Kalauer- und Joachimshaler Straße auf dem Kur-fürstendam hat sich ein großes Geschäft mit Hundartikel ein-gerichtet. Man sieht dort Leinen, Maulkörbe neben Hundeläusen und vorbildlichen Hundehütten. Hin und wieder werden auch ein paar Hunde, natürlich mandänter Rasse, zum Verkauf ausgestellt. Alles ist dort sehr vornehm, wie es sich eben für diese durchaus vornehme Gegend ziemt, wo auch die Hunde ein behagliches und überlegenes Wesen zur Schau tragen und wo sie besser gepflegt werden als ein Proletariatskind im hohen Norden Berlins. Aber alle Bewohner dieser erklüften Gegend verfügen doch nicht über ein Automobil, in dem sie ihren Liebling spazieren fahren können, und dann haben doch auch die vornehmsten Hunde hin und wieder etwas auf der Straße persönlich zu tun. Warum nun sollen ihre zarten Füße den kalten, glitschigen Asphalt berühren? Man denke nur, welche schwere Erkältung würde sich so ein verwöhnter, kleiner Affenpöpsel zu-ziehen. Brustfell- und Lungenentzündungen drohen. Wohl gar Hundgrippe! Dem Uebel ist nun abgeholfen worden. In den Aus-lagen des vornehmen Geschäftes zwischen Maulkörben und Leinen lagern zierliche Hundeschuhe in allen Größen und Preis-lagen, passend für ostpreussische Neuhundländerfüße und für winzige Bologneserpfoten. Kein, es handelt sich nicht um Sandalen. Be-wahre, regelrechte Schnürschuhe tragen sich die treuen Diener ihrer Herren, sogar pelzgefüttert. Keine Erkältung wirkt drohende Schatten mehr auf ein glückliches und durchsonntes Hundeleben, während viele Kinder in Schuhen herumlaufen müssen, bei denen Sohlen als un-nütlicher Luxus gelten.

Wintersportfest in Großbetsen.

Der Schneefall der letzten Nacht gibt der Arbeiterwinter-sport-Interessengemeinschaft Gelegenheit, ihr eigenes Sportgelände in Großbetsen bei Königswusterhausen zum ersten Male in diesem Winter zu benutzen. Morgen, Sonntag, findet das längst geplante Wintersportfest statt; der Beginn ist auf 10 Uhr vormittags festgesetzt. Ausgeschrieben sind ein zu-sammengesetzter Lauf über 8 Kilometer und ein Sprunglauf über 3 Kilometer für Anfänger. Ein Staffellauf mit 8 Kilometern, ein Schauspringen an dem großen Hügel und ein Schaulaufen schließen sich an. Die Schneeverhältnisse sind über Erwarten gut. Abfahrt aller Teilnehmer früh 7.05 Uhr vom Bärlicher Bahnhof nach Groß-betsen. Die Lösung von Sonntagsschlafpartien ist zu empfehlen. Gäste sind herzlich willkommen.

In einem Brunnenschacht gestürzt. Ein eigenartiger Unfall er-ignete sich heute vormittag auf dem Hof des Grundstückes Suareg-strasse 4. Die fünfzehnjährige Dora Pregar, die den Hof überhören wollte, verlor plötzlich den Boden unter den Füßen und stürzte etwa sieben Meter in die Tiefe. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen und befreite die Verunglückte. Sie hatte zum Glück keine lebensgefährlichen Verletzungen erlitten. An der Einsturzstelle befand sich ein Brunnenschacht, der übermauert war. Durch Witterungseinflüsse wurde das Gefüge wahrcheinlich zermürbt, so daß es heute früh bei nicht einmal sehr großer Be-lostung einbrach.

Unwetter in Italien und Frankreich.

Drei Meter Schneehöhe im französischen Jura.

Ueber Nord- und Südtalien sind schwere Wollenbrüche niedergegangen, die große Ueberschwemmungen verursacht haben. Die Fährbootverbindung von Italien nach Sizilien ist infolge an-haltender Stürme unterbrochen worden. Besonders gelitten haben die Städte Neapel, Messina und Ferrara. Ueber Frankreich wüthen aufs neue heftige Stürme mit starken Regengüssen und Schneefällen. Im französischen Jura liegt der Schnee stellenweise drei Meter hoch. In den Tälern sind mehrere Flüsse über die Ufer getreten. In der südfranzösischen Provinz Gers sind mehrere Bahnhöfe und Mühlen durch das Wasser völlig abgeschnitten. In einigen Orten stürzten mehrere Häuser ein.

Großfeuer in Leipzig.

In einem größeren Gebäudekomplex einer früheren Leipziger Kaserne kam heute früh gegen 1/5 Uhr ein Großfeuer zum Ausbruch, das sehr schnell um sich griff. In einem Teil der ehemaligen Kaserne befinden sich kleinere Betriebe und in einem dieser Räume war das Feuer aus noch unbekannter Ursache entstanden. Die Flammen sprangen auf den Gebäudeteil über, der von der Landespolizei be-nutzt wird und vernichteten große Strohvorräte. Wertvolle Materialien, Maschinengewebe usw., konnten zum größten Teil ge-rettet werden. Ein Teil der Gasmunition explo-dierte. Zahlreiche Leipziger Wehren waren bis in die Mittags-stunden hinein mit der Bekämpfung des Feuers und den Auf-räumungsarbeiten tätig.

Eine blutige Eiserhugstaggöpie spielte sich gestern, einer eigenen Drahtnachricht aus Stein zufolge, in einer Wohnung im Hause Baumstr. 29 zu Stein ab. Dort hatte der 41 Jahre alte Händler Martin Richter seiner Geliebten, der Händlerin Zellner, nach kurzem Streit mit ihrem Brotmesser die Nase abgeschnitten und ihr zwei Messerstücke in den Kopf beigebracht. Die Verletzte brach blutüberströmt zusammen und wurde in das städtische Kranken-haus geschafft. Richter stellte sich freiwillig der Polizei. Er äußerte bei seiner Vernehmung seine besondere Verteidigung über das Ge-lingen seines Vorhabens und meinte, daß die 3. sich jetzt wenigstens nicht mehr in den Lokalen sehen lassen könne.

